

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Sieg der Staatschule.

Die Schulen in England, Frankreich und Nordamerika.
Von Dr. Erich Witte, Berlin.

Der durch seine schulpolitischen und pazifistischen Schriften und Aufsätze bekannte Leipziger Lehrer Reinhold Lehmann hat eine Schrift „Staat, Kirche und Schule im Ausland“ herausgegeben (Verlagshaus, Darmstadt 1927, 88 Seiten). Sie enthält wertvolles Material für den Kampf gegen den Reichsschulgesetzentwurf der Rechtskoalition.

Weder in England, noch in Frankreich, noch in den Vereinigten Staaten gibt es öffentliche Bekenntnisschulen.

England hat eine Staatskirche, sein öffentliches Erziehungswesen ist jedoch frei von kirchlichen Bindungen. Vor 1870 war das Volksschulwesen fast ausschließlich der Kirche überlassen. Seitdem gibt es Schulen, die von der Kirche, und solche, welche von den Gemeinden unterhalten werden. Die Kirchenschulen sind Bekenntnisschulen. Sie sind aber immer mehr zurückgegangen. Im Jahre 1875 wurden sie von 2 870 168 Schülern besucht, die Gemeindeschulen aber nur von 556 150. Im Schuljahr 1922/23 besuchten aber schon mehr Schüler eine öffentliche Schule als eine Kirchenschule (4 419 153 gegen 2 676 476).

Der Entwurf zum Reichsgesetz wird von den Sozialdemokraten auch aus dem Grunde bekämpft, weil er die Bildung von Zwergschulen fördert. Schon Eltern von vierzig Schülern können die Errichtung einer Schule beantragen. Wenn in einer Gemeinde weniger als 200 schulpflichtige Kinder vorhanden sind, so kann selbst von diesem Erfordernis abgesehen werden. Daß die Bekenntnisschulen wegen der geringeren Zahl ihrer Schüler weniger leistungsfähig sind, beweisen die englischen Kirchenschulen. Die Zahl ihrer Schüler betrug durchschnittlich 156, die Zahl der Gemeindeschulen aber 369.

Die englische Gemeindeschule steht der weltlichen Schule weit näher als die deutschen Gemeinschaftsschulen, denn in England hat der christliche Religionsunterricht einen interkonfessionellen Charakter. „Kein Glaubenssatz, der sich von irgendeinem anderen Bekenntnis unterscheidet, darf gelehrt werden.“ Die Kinder werden nach ihrem Religionsbekenntnis nicht einmal gefragt. In den deutschen Gemeinschaftsschulen sollen die Kinder auch künftig nach dem Religionsbekenntnis getrennt werden. In England dürfen die Gemeindebehörden keinen Lehrer nach seinem Glaubensbekenntnis fragen, auch nicht bei der Anstellung. Nach dem Reichsschulgesetzentwurf soll das Glaubensbekenntnis der Lehrer auch dann „tunlichst“ berücksichtigt werden, wenn sie an Gemeinschaftsschulen angestellt werden sollen. Sogar bei der Anstellung von Schülern soll auf das Bekenntnis Rücksicht genommen werden.

Frankreich hat im Jahre 1882 alle seine öffentlichen Schulen zu weltlichen gemacht. Der Kirche werden für den Religionsunterricht nicht einmal Schulräume zur Verfügung gestellt. Damit die Eltern, die wünschen, daß ihre Kinder religiösen Unterricht außerhalb der Schulräume erhalten, Gelegenheit haben, ihnen diesen erteilen zu lassen, ist der Donnerstag ganz oder zum Teil schulfrei.

Neben den öffentlichen weltlichen Schulen bestehen zwar noch Bekenntnisschulen, die von der Kirche unterstützt werden. Sie werden aber noch nicht einmal von dem fünften Teil der Schulkinder besucht (805 225 gegen 3 389 337 in den öffentlichen Schulen).

Nach dem Kriege hoffte die Kirche, daß der Bloc national den Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen und die gleichmäßige Zuteilung der für die Schulen aufgewandten Mittel entsprechend der Kopfzahl der Schüler durchsetzen würde. Der Sieg der Linken im Mai 1924 machte den Hoffnungen der Kirche ein Ende.

In den Vereinigten Staaten, in denen auch alle öffentlichen Schulen weltliche Schulen sind, sind die Kirchenschulen noch weiter zurückgedrängt worden. Sie werden nur von sieben Prozent der Schüler besucht. Ihren 1 473 145 Schülern und Schülerinnen stehen 20 898 930 Schüler und Schülerinnen der öffentlichen Schulen gegenüber.

Während in Deutschland die „nationalen“ Kreise gegen die weltlichen Schulen sind, sind in Nordamerika alle Schichten der Bevölkerung für die weltliche Schule. In der vor einigen Jahren von Rabdruck herausgegebenen Schrift „Die weltliche Schule“ heißt es:

„Allein die konfessions- und religionslose Grund- und höhere Schule hat es in den Vereinigten Staaten vermocht, die uns kaum vorstellbaren, verschiedenartigsten Elemente sozialen, Rassen- und Religions-, bzw. Weltanschauungsunterschiedes in ein harmonisches Ganzes zusammenzuschweißen — den amerikanischen selbstbewußten Bürger. Natürlich wird und kann der große politische und wirtschaftliche Weltkampf zwischen arbeitendem Volk und Kapital auch durch die weltliche Schule nicht verhindert werden. Aber der häßliche Kulturkampf wird durch sie ausgeschlossen und ein sicheres Verständnis für das Allgemeinwohl großgezogen.“

Selbst Lehr- und Lernkörper der sehr wenig zahlreichen, vom Staat konfessionierten konfessionellen Schulen erkennen die Vorzüglichkeit der öffentlichen, also weltlichen Schule an. Tatsächlich werden die Absolventen der konfessionellen Schulen dort nie für ganz vollwertig angesehen, es sei denn, daß sie im Falle des Besuches einer höheren, durchweg „weltlichen“ Lehranstalt den Beweis ihrer Vollwertigkeit erbringen.“

Der kurze Ueberblick über das Schulwesen in anderen Ländern zeigt eindrucksvoll, wie stark der Reudellische Gesetzentwurf reaktionäre Bahnen wandelt.

Der Kampf um das Schulgesetz.

Fortsetzung der Beratungen im Reichstag. — Die Vorbehalte der Volkspartei.

Der Reichstag setzte in seiner heutigen Sitzung, die bereits um 13 Uhr begann, die erste Lesung des Reichsschulgesetzentwurfs fort. Als erster Redner war der Vertreter der Deutschen Volkspartei Abg. Dr. Kuntel angemeldet. Wer von ihm erwartet hätte, daß er die Fragen des demokratischen Abgeordneten Haas vom gestrigen Tage nach der Stellung der volksparteilichen Minister zu der Einbringung der Vorlage eindeutig beantworten würde, sah sich getäuscht.

Herr Kuntel erklärte lediglich, daß die volksparteilichen Minister im Kabinett sich bei einigen Punkten ihre Stellung vorbehalten und diesen Vorbehalt mit Einverständnis der übrigen Minister in der Öffentlichkeit bekannt gemacht hätten. Darüber hinaus hätten die beiden Minister

die Stellung ihrer Fraktion zu dem ganzen Gesetzentwurf ausdrücklich vorbehalten.

Die Deutsche Volkspartei erkenne den Gesetzentwurf als brauchbare Grundlage für Verhandlungen an, sie sei aber in der Stellung von Abänderungsanträgen und somit in ihrer Stellungnahme zur endgültigen Verabschiedung des Entwurfs völlig frei.

Die Bekenntnisschule sei eine der wertvollsten deutschen Kulturerziehungsschulen.

Deshalb müsse ihr die verfassungsmäßige Stellung gegeben werden. Auf einen Zwischenruf von sozialdemokratischer Seite, ob er es als verfassungsmäßig anerkenne, daß der Bekenntnisschule der Vorrang vor den anderen gegeben werde, erklärte der Redner ausweichend, seine Partei werde die Frage der Verfassungsmäßigkeit noch prüfen.

Jedenfalls müsse die Volksschule die gemeinsame Grundschule bilden, der alten Simultanschule gleichgestellt sein und eine Vorrangstellung genießen. Theoretisch werde in dem Entwurf diese Vorrangstellung anerkannt, die praktische Ausführung mache diese Anerkennung aber wieder zunichte.

Der Vorwurf der Verfassungswidrigkeit habe also in diesem Sinne eine nicht zu verkennende Berechtigung.

Der Zeitpunkt, wonach eine deutsche Einheitschule auf christlich-

religiöser Grundlage zu schaffen gewesen wäre, sei zweifellos verpaßt. Das Schulkompromiß der Koalitionsparteien habe dies endgültig verbaut. Nach diesem Zugeständnis an die Verfassung kam eine Verbeugung vor der Rechten, indem der Redner der Volkspartei den christlichen Charakter der Gemeinschaftsschule forderte, so wie er in den alten Simultanschulen festgelegt sei. Der Redner spricht weiter.

Ihm folgt von den Demokraten Frau Abg. Bäumer, von den Rechtskommunisten Frau Zeitlin, von den Linkskommunisten Scholten.

Der verhinderte Demosthenes.

Ober: Minister v. Reudell gefesselte Kfasse.

Der rednerische Reinfuß, den Herr v. Reudell gestern mit der Begründung des Reichsschulgesetzes erlitt, ist so groß, daß seine eigene Presse ihm nicht verhehlen kann. Freilich wird die bittere Pille dem Kinde überzuckert gereicht, was in der „Deutschen Tageszeitung“ mit folgenden Sätzen geschieht:

Minister v. Reudell, der diese großen Ideen seines Gesetzentwurfs vor dem Reichstag zu vertreten hatte, ist rednerisch kein Interpret der flammenden Worte. Sein reiches Gemütsleben liegt zu stark im Innern gefesselt, als daß er ihm mit den Lippen herbeiden Ausdruck zu verleihen möchte. Darum vermag er nicht auf die zu wirken, die sich gern von großen Worten heraufschauen lassen. Aber alle, die mit der Liebe des Herzens an dem Werk mitgearbeitet haben, werden ihn verstehen und werden ihn vor allem als Mann von unbestechlicher Sachlichkeit zu schätzen wissen.

Kein Mensch verlangt von einem Minister pathetisches Komödiantentum. Aber Goethe läßt seinen Faust mit Recht sagen: „Es trägt Verstand und rechter Sinn mit wenig Kunst sich selber vor.“ Herr v. Reudell war in der unglücklichen Lage, daß seine persönliche Schwäche nur zur Unterstreichung der sachlichen Schwäche seines Entwurfs diente. Es fehlten seinen Darlegungen inhaltlich „Verstand und rechter Sinn“.

Streik in Mitteldeutschland vollständig

Morgen Schlichtungsverhandlungen. — Die Zechenbesitzer verlieren den Kopf.

Bei den morgigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zwischen den streitenden Parteien des Braunkohlenbergbaues wird wiederum Professor Brahn das Schlichteramt ausüben, da diese Verhandlungen als Fortsetzung der früheren angesehen werden.

Zur Frage des Kohlenpreises ist mitzuteilen, daß der Reichskohlenrat nur den Höchstpreis für den Großhandel und den Höchststrabatt festsetzt. Dieser Rabattsatz ist vor einiger Zeit von 3 auf 6 Proz. erhöht worden. Nach einer Teilberechnung, von der erst noch festgestellt werden müßte, ob sie für den gesamten Braunkohlenhandel gilt, würde der jetzt gewährte Gesamtabatt 37 Millionen Mark im Jahre betragen.

Zur Erfüllung der Arbeiterforderung dagegen wären bei einer Schlichterhöhung um 80 Pf. rund sieben Millionen Mark im Jahre erforderlich, so daß also der Handel nur auf einen kleinen Teil seines Rabattes zu verzichten brauchte, um den Unternehmern ohne Einnaheausfall die Erfüllung der Arbeiterforderung zu ermöglichen.

Der Streik vollständig.

Halle, 19. Oktober. (Eigenbericht.)

Von einigen Gruben im Senftenberger Revier abgesehen, wo ein Teil der Braunkohlenarbeiter noch arbeitet, ist heute der Streik im ganzen mitteldeutschen Braunkohlenrevier vollständig. Es streiken gegenwärtig rund 90 Proz. der Braunkohlenarbeiter. Hierbei sind aber die von den Gewerkschaften gestellten Rotlandsarbeiter nicht einbegriffen. Die 10 Prozent noch arbeitenden Braunkohlenarbeiter sind fast alle nur Rotlandsarbeiter.

Die Haltung der Bergarbeiter ist überall eine musterergütige. Die Tendenzmeldungen der Zechenbesitzer von angeblichen Terrorakten sind erlogen und erstunken. Der Streik ist so vollständig und wird so einheitlich durchgeführt, daß jede zwangsweise Abhaltung von der Arbeit von vornherein gegenstandslos

ist. Es muß daher als eine durch nichts begründete Kopf-

lose Handlung bezeichnet werden, wenn auf das Befehle der Unternehmer hin, ohne daß die geringste Ursache dazu vorliegt, sowohl im Regierungsbezirk Merseburg wie im Regierungsbezirk Halle Schupo und Gendarmenrie eingesezt wird.

Die Zechenbesitzer haben den Kopf verlotet,

sie sehen überall Gewalttätigkeiten und rufen nach der bewaffneten Macht. Es ist unermesslich, daß unter diesen Umständen einzelne Leiter der bewaffneten Macht von der Verantwortung der Zechenbesitzer angezündet werden. Ein Unglück ist dann schnell geschehen.

Im Rasselner Revier wurden Flugblätter mit der Begründung beschlagnahmt, daß es sich um einen lebenswichtigen Betrieb handle. Ein derartiges Vorgehen ist großer Unfug. Immerhin darf festgestellt werden, daß außerhalb der Regierungsbezirke Halle-Merseburg die Schupo sich durchaus fortreift und neutral verhält.

In ganz unzulässiger Weise ist in Hirschfeld und in Böhlen im Freistaat Sachsen die Teno eingesezt worden, obwohl die Gewerkschaften die Durchführung der Rotlandsarbeiten übernommen haben. Wenn die Teno da nicht zurückgezogen wird, dann ist die Zurückziehung sämtlicher Rotlandsarbeiter aus allen Gruben die unausbleibliche Folge. Die Behauptungen der Unternehmer von großen Halbenbeständen ist Schwindel. Eine Anzahl von Zuckerfabriken und Raffinerien stehen unmittelbar vor der Schließung ihrer Betriebe.

Der Unternehmerschwindel.

Halle, 19. Oktober.

Der deutsche Braunkohlenindustrieverein tritt mit: „Der Streikterror ist in allen Revieren sehr groß. In vielen Fällen sind tödliche Angriffe vorgekommen. Unter dem Druck dieses Terrors hat stellenweise ein leichtes Abdröckeln der Zahl der Arbeitswilligen stattgefunden, andererseits sind aber auch wieder auf manchen Gruben neue Leute zur Arbeit gekommen, so daß — wie es sich heute bis zum Augenblick darstellt, die Lage unverändert zu sein scheint. Der Bergbau ist bemüht, die Produktion auf den gestrigen Stand zu halten.“

Kein Terror — sagt die Polizei.

Halle, 19. Oktober. (MWB.)

Wie wir von der Regierung in Merseburg erfahren, ist an allen Stellen, wo irgendwelche unzuverlässige Beeinflussung der Arbeitswilligen bemerkt wurde, diese von Landjägern oder der Schutzpolizei durch deren einfache Anwesenheit verhindert worden. Irgendwelche größeren Terrorakte sind bei der Regierung in Merseburg nicht bekannt geworden.

Der Wahlsieg in Norwegen.

Gewaltiger Mandatserwerb der Sozialdemokratie.

Oslo, 19. Oktober.

Das Ergebnis der Stortingwahlen ist: Konservative und Liberale 33 (Verlust 21), Bauernpartei 25 (Gewinn 3), Radikale 32 (Verlust 2), Arbeiterdemokraten 1 Stg (Verlust 1), Sozialdemokratische Arbeiterpartei 56 (Gewinn 24), Kommunisten 3 Sitze (Verlust 3).

Noch Wahlrechtsänderung?

Ein Vorstoß des Zentrums.

Im Reichstag ist folgende Interpellation v. Guérard und Genossen eingereicht worden:

Das geltende Wahlverfahren zum Reichstage der Deutschen Republik hat schwerwiegende Mängel im Gefolge gehabt. Durch die Listenwahl wird die Beeinflussung der Bewerberauswahl seitens der gesamten Wählerschaft wesentlich beeinträchtigt. Die Größe der Wahlkreise macht die notwendige enge Vertrauensverbindung zwischen Wählerschaft und Abgeordneten unmöglich.

Wir fragen an:

Ist die Reichsregierung bereit, einen Gesetzentwurf, der das Wahlverfahren zur Beseitigung dieser Mängel umgestaltet, so rechtzeitig einzubringen, daß er noch von dem jetzigen Reichstage verabschiedet werden kann?

Im Zentrum wird seit längerer Zeit die Frage lebhaft erörtert, ob an die Stelle der Großwahlkreise kleinere Wahlkreise gesetzt werden sollen, die nur durch einen oder zwei Abgeordnete vertreten werden. Diese Frage wird im Zentrum als brennendes Problem empfunden. Manche Zentrumspolitiker glauben, auf diesem Wege die innere Übereinstimmung zwischen dem Willen der Zentrumsmitglieder — namentlich der Arbeiterwähler — und der Zentrumsfraktion wieder herzustellen. Es handelt sich also in erster Linie um ein Strukturproblem des Zentrums, weniger um ein allgemeines staatsrechtliches Problem.

Daß die innere Übereinstimmung zwischen Wählern und Parlamentarier im Zentrum unter der Herrschaft des Bürgerblocks in die Brüche geht, ist begreiflich. Daß aber deshalb noch schleunigst die Regierung des Bürgerblocks das Wahlrecht ändern soll — dafür werden die Wähler am wenigsten Verständnis haben. Eine Frage von so großer Bedeutung kann nicht am Schluß der Gesetzgebungsperiode eines Parlaments durchgepeitscht werden, dessen Zusammenfassung dem Volkswillen nicht mehr entspricht.

Beamte, Volk und Staat.

Eine Konferenz der preussischen Ober- und Regierungspräsidenten.

In einer Konferenz der preussischen Oberpräsidenten, die am Dienstag stattfand, entwickelte der preussische Innenminister Genosse Orzeszki Grundzüge staatlicher Hilfeleistung bei Katastrophen. Dabei betonte der Minister, es sei ernstlich in Betracht zu ziehen, ob nicht systematisch Entwässerungs-, Regulierungs- und Rekolonisationsarbeiten im großen Stil vorgenommen werden können, um so künftig das Ausmaß von Naturkatastrophen auf ein Minimum zu beschränken. Seltener Überzeugung nach würde der Betrag selbst bei sehr großen Aufwendungen für diese Arbeiten doch löhrend sein.

An diese Besprechung mit den Oberpräsidenten schloß sich eine gemeinsame Sitzung der Ober- und Regierungspräsidenten, die der preussische Minister des Innern mit einer einleitenden Ansprache eröffnete. Die politische Lage stehe im Zeichen der Neuwahlen. Das nächste Jahr würde nicht nur die Reichstags- und Landtagswahlen, sondern wahrscheinlich auch die Wahlen zu den Provinzialparlamenten und Kreistagen, wie die Stadt- und Landgemeinden bringen. Die mit den Wahlen naturgemäß verbundene erhöhte politische Tätigkeit wird an die Behörden der Verwaltung ebenfalls starke Anforderungen stellen. Weiter wies der Minister auf die dem Landtag noch vorliegende Gegenstände hin, besonders auf die noch zur Beratung stehende Städte- und Landgemeindeförderung. Er betonte, daß er die Verabschiedung insbesondere der Landgemeindeförderung wegen der darin enthaltenen Auflösung der Gutsbezirke, die baldigst durchgeführt werden müsse, für dringend halte.

Die Tragik des Zufalls.

Hauptmanns „Dorothea Angermann“ im Deutschen Theater.

Gerhart Hauptmanns jüngstes dramatisches Werk „Dorothea Angermann“ hat seine Uraufführung unter Reinhardt im Dezember vorigen Jahres am Theater in der Josefstadt in Wien erlebt. Dann ist es über mehrere Bühnen in der Provinz gegangen und kommt erst jetzt in die Theaterstadt Berlin.

Das ist kein Zufall, es hat keinen nachhaltigen Erfolg gehabt. Wo „Dorothea Angermann“ aufgeführt wurde, war man bestrebt, ja peinlich berührt. Was ist das, sagte man, für eine kostspielige Handlung! Wie oft greift der Zufall entscheidend in die Ereignisse ein!

Dorothea Angermann, die Tochter des sehr unheimlichen Pfarrers Angermann, ist an einem heißen Julabend ihrem Liebhaber, den sie vielleicht vom Vater geerbt hat. Der Verführer ist Mario Mallonee, ein schlafsinziger Kerl, Hotelkoch, Schweinehund aus Liebermun, milderer Charakter mit gelegentlichen moralischen Anwandlungen. Und als der gediegene, mit Gelehrtenpedanterie gefüllte Universitätsprofessor Herbert Pfannschmidt zaghaft endlich das Beständnis seiner Liebe magt, schlägt sie in plötzlich aufgekommener Minderwertigkeitsgefühl ihre Hand aus. Der Pfarrer, selbstlich auf seinen Ruf bedacht, läßt niemand Zeit zur Ueberlegung. Er zwingt den Koch, Dorothea zu heiraten und schiebt sie nach Amerika ab. Da verkommen sie beide. Er schlägt sie und schiebt sie auf die Straße. Sie läuft ihm davon. In Amerika lebt auch Hubert Pfannschmidt, der Bruder des Professors. Ein wildes Heimweh hat ihn gepackt. Kindisch fast erwartet er das Wunder, das ihn noch einmal seinen Sohn und die geliebte Heimat wiedersehen läßt. Das selbe namenlose, hoffnungslose Heimweh führt auch Dorothea Angermann in seine einsame Hütte. Der Professor kann seine Dorothea nicht vergessen. Er weiß, es ist sinnlos, sie im großen Amerika zu suchen, aber er wagt es. Das unwahrscheinliche Wunder wird zur Wirklichkeit. Hubert soll seine Heimat wiedersehen. Der Zufall hat nun also den Professor die Geliebte finden lassen. Seine Liebe schiebt heroisch alle bürgerlichen Vorurteile beiseite. Vergessen soll sein, was an Häßlichkeit in ihr armes Leben gedungen ist. Er will auch sie mit hinübernehmen in die Heimat. Aber sie ist verheiratet. Die Verhandlungen mit dem halunken Mario Mallonee, der hier ein feines Geschick misziert, arten zu einem bösen Jank aus. Die beiden Brüder, sinnlos vor Widerwillen und Wut, schlagen Mario halb tot. Da stürzt Dorothea ins Zimmer und stellt sich schüchtern vor ihn: „Ihr habt vergessen, er ist doch mein Mann.“ Die Hoffnungsblüte ist verweltet. Verwehrt ziehen alle ihren Weg. Mario und Dorothea ins alte Land zurück, die Brüder Pfannschmidt in die erste, aber freudlos gewordene Heimat. Koch einmal führt der Zufall Dorothea und die Brüder zusammen. Ein ehemaliger Sträfling, der die Tochter des Anstalts Pfarrers kennt, rettet sie in Hamburg aus der Gasse. In Hubert findet sie dann den verheirateten Schiffsreisenden. Auch ihn hat der Zufall um das Leben betrogen. Zwei Minuten Sonnenluft, und sein Körper war für immer

Bei der Erörterung der Lage, die durch den Streik im mitteldeutschen Kohlengebiet entstanden sei, betonte der Minister, daß innerpolitische Streiks gespannte Situationen schaffen, die von allen Verwaltungs- und Exekutivorganen des Staates besonderen Takt und erhöhte Aufmerksamkeit erforderten. Der Polizei fiele dabei als uniformierte Exekutive die unendlich schwierige Aufgabe zu, ihre Aufgaben zu erfüllen unter Wahrung größter Zurückhaltung und besonderen Takt und Geschickes.

Auf die Ausführungen des Ministers folgten Vorträge des Ministerialdirektors Dr. Brand und des Ministerialdirektors Dr. Klausener. In der Aussprache führte u. a. der preussische Minister des Innern aus, daß er keineswegs die Polizeioffiziere nach ihrer Parteizugehörigkeit werte. Maßgebend seien müsse und dürfe nur die polizeiliche Gesegnetheit sein. Allerdings fordere er unbedingt gerade von den Polizeioffizieren als Angehörigen der Exekutive des Staates und Erziehern der jüngeren Offiziere und Beamten eine unbedingt staatsbewußende Einstellung. Der Minister wies ferner auf den Unterschied zwischen Polizei- und Militärdienst hin. Die polizeiliche Ausbildung ist kein Kompagnieerzuzieren. — Weitere Vorträge ergänzten die Tagung, der heute Berichtigungen folgten.

Preußen tritt für die Reichsfarben ein.

Neuer Erlaß über die Teilnahme von Behördenvertretern an Veranstaltungen.

Der Amliche Preussische Pressedienst gibt folgenden Beschluß des Staatsministeriums vom 17. Oktober 1927 bekannt:

Das Staatsministerium erachtet es als eine nationale Pflicht und staatspolitische Notwendigkeit, daß bei Veranstaltungen, an denen Vertreter der Staatsregierung oder der ihr nachgeordneten Behörden teilnehmen, dem Gedanken der Reichseinheit und Reichstreue durch eine würdige Hervorhebung der verfassungsmäßigen Reichsfarben Schwarzrotgold deutlich Ausdruck verliehen wird.

Es ordnet daher an, daß Vertreter preussischer Staatsbehörden an Veranstaltungen, bei denen Flaggenschmuck verwendet wird, nur dann teilnehmen dürfen, wenn die Reichsfarben an hervorragender Stelle gezeigt werden und ihnen überhaupt ein angemessener und würdiger Anteil an dem Flaggenschmuck eingeräumt wird. Vor der Entscheidung über die Teilnahme der Behördenvertreter ist, soweit nicht die Veranstaltung von einer Reichs-, Staats- oder Kommunalbehörde selbst vorbereitet wird, festzustellen, ob und inwieweit den Anforderungen dieses Erlasses genügt ist, und nötigenfalls auf eine entsprechende Ausschmückung in den Reichsfarben hinzuwirken. Diese Feststellungen und die etwa erforderliche Einwirkung auf die Veranstalter liegen dem Leiter der örtlichen obersten allgemeinen Staatsverwaltungsbehörde ob. Er hat das Ergebnis seiner Feststellungen und Maßnahmen den übrigen beteiligten Behörden mitzuteilen.

Heraufsetzung der Strafmündigkeit.

Wissenschaftliche Gutachten für den Strafrechtsausschuß.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages setzte heute die Beratung über den Beginn der Strafmündigkeit fort. Abg. Dr. Rosjes trug zur Begründung der sozialdemokratischen Anträge auf Heraussetzung des Beginnes der Strafmündigkeit vom 14. auf das 16. Lebensjahr ein umfangreiches Material vor, das insbesondere in der Vorlegung von Gutachten medizinischer Autoritäten bestand. Universitätsprofessor Piepmann, die Fachärzte Dr. Juliusburger und Dr. Kronfeld, Nervenarzt Dr. Lehmann, Dr. Göh von der Städtischen Anstalt Muhlgraben, Frauenarzt Dr. Max Hirsch, Mitglied des Preussischen Landesgesundheitsamtes, und die Nervenärztin Frau Dr. Bönheim sind in eingehend begründeten Gutachten zu dem einstimmigen Ergebnis gekommen, daß die Heraussetzung der Strafmündigkeit auf das 16. Lebensjahr eine unbedingte Notwendigkeit sei.

Nach diesen Gutachten müsse das Strafgesetz viel mehr als

bisher die Pubertät berücksichtigen. Es handelt sich um die stärkste Umwandlungsperiode des Menschen, in der man geradezu von einer triminellen Reizbarkeit sprechen kann, um eine Zeit, in der die Natur selbst als agent provocateur aufträte. Nicht einmal der wissenschaftlich vorgebildete Psychologe könne in wissenschaftlich einwandfreier Weise die Grenzen aufweisen, wo bei Jugendlichen in der Zeit der Pubertät das Normale aufhöre und das Anormale beginne. Ein Sprichwort sage, die Jugend sei selbst eine Zeit Krankheit. Dies treffe besonders in der jetzigen Zeit zu, wo sich infolge des Krieges und der Erschütterungen der Nachkriegszeit die gesellschaftlichen und die kulturellen Verhältnisse so stark geändert hätten. Die allgemeinen Veränderungen der Bedingungen der Umwelt machen sich besonders im Seelenleben der Frauen und der weiblichen Jugend bemerkbar. Die Anforderungen an die stilles Widerstandskraft der weiblichen Jugend, besonders im Profetariat, seien ungeheuer, viel größer als im Bürgertum. Um so weniger dürfe man auf den Erfolg von Strafen rechnen. Gerade wer sich noch an seine eigene Jugend erinnere, und mer die jetzt heranwachsende Jugend objektiv beobachtet, müsse sagen, daß in der Zeit der Pubertät eine andere Behandlung des Menschen als mit Strafen eintreten müsse. Wenn Prof. Kramer schon vor dem Kriege gesagt habe, daß unter normalen Verhältnissen die Strafmündigkeit erst beim 16. Lebensjahr beginne, so treffe das heute noch viel mehr zu. Die sozialdemokratischen Anträge müßten von allen denen angenommen werden, die es mit dem heranwachsenden Geschlecht wohlmeinend.

Die Henkerjustiz in Litauen.

Der Prozeß Maschela und Genossen.

Am 6. Oktober hatten sich 11 Mann der Gruppe Dilia, die unter der Führung unseres Genossen Pletskaitis gestanden hatten, vor dem Feldgericht Mariampol wegen Beteiligung am Aufstand zum Sturze der Regierung zu verantworten. Von diesen elf wurde nur einer freigesprochen, während zwei zum Tode und acht zu 15 bis 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurden. Das eine Todesurteil wurde in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt, während unser Genosse Kasimir Maschela, ein erst zwanzigjähriger Mensch, eifriges Mitglied unserer Partei und der Gewerkschaften, wie wir schon vor einigen Tagen gemeldet haben, am 9. Oktober erschossen wurde. Die anderen Verurteilten sind Arbeiter aus den Kreisen Wilkowschi und Kpabary. Bei ihrer Festnahme hatte die Polizei sie unerschrocken mißhandelt, unser Genosse Georg Ksilaitas mußte sogar bewußlos davongetragen werden.

Rep-Diskussion vor dem Horthy-Gericht.

Im Budapest Komunistenprozeß.

Budapest, 19. Oktober.

In dem Komunisten-Prozeß gegen Szanto und Genossen entwickelte sich gestern zwischen dem Präsidenten und den Angeklagten eine Diskussion über die Frage des Privateigentums und der bürgerlichen Gesellschaft. Auf den Einwand des Präsidenten, daß die Sowjetregierung überall kommunistische Propaganda treibe, gleichzeitig aber in Ländern kapitalistische Konzessionen erteile und damit im Wesen das Privateigentum anerkenne, sagte Szanto, hier sei tatsächlich ein Gegenstand vorhanden. Der Moskauer Weltkongreß habe festgestellt, daß derselbe ein relativer Stillstand in den kommunistischen Bestrebungen eingetreten sei. Solange dieser Stillstand andauere, beschäftigt sich die Dritte Internationale mit kleineren Interessen und Forderungen der Arbeiterschaft, um dann zum großen Schlage auszuholen. Die übrigen Angeklagten verweigerten größtenteils die Antwort auf die Fragen. Der mitangeklagte Führer der radikalen sozialistischen Arbeiterpartei Stefan Bagi erklärte unter anderem, seine Beziehungen zu Szanto hätten sich auf theoretische Gespräche beschränkt. Er bestritt, auf den Kommunisten Geld erhalten und seine Partei in den Dienst des Kommunismus gestellt zu haben.

zerstört. Aber Herbert hat jede seelische Berührung mit ihr verloren, seit sie ihm widerlich geworden. Dorothea findet ihre Abnung befähigt, er hat sie nie begriffen. Vossgeißt fühlte sie sich aus dem Leben. Nur eine Betriedigung soll es ihr noch geben, den Vater für seine selbstliche Brutalität zu strafen. Sie hat sich auf das Wiederleben gefreut und sich ein verklärtes Bild gemalt: mildes, misseidendes Versehen, Rückkehr des verlorenen Sohnes. Aber der Pfarrer hat nichts aus dem Schicksal gelernt. Er ist weiter der kalte, selbstgerechte Vater mit moralischer Ueberlegenheit. Da schleudert sie ihm die furchtbare Anklage ins Gesicht: „Du bist mein Mörder.“ Schon das tödliche Gift im Leibe. Dann schlummert sie hinüber in das erlehnte Nichts.

Romanhaft, abenteuerlich, unwahrscheinlich durch die Häufung der Bühnenzufälle, ist das Schicksal der Dorothea Angermann. Eine ganz alltägliche Geschichte, die nur dadurch über die Alltäglichkeit hinauswächst, daß sie Zufälle zu einem Roman verdichtet. Die Frage drängt sich auf, daß das Schauspiel noch eine Beziehung zur Gegenwart? Ist der „Fehltritt“ der Bürgerstochter noch eine Tragik von heute?

Das sind keine Gesichtspunkte bei dieser Dichtung. Denn Menschen stehen auf der Bühne. Menschen, die länger mit unserem Inneren verbunden sein werden als Herr Müller oder Herr Schulze, mit denen wir manche Stunden der Wirklichkeit verlebt haben. Es sind keine Phantasiegebilde, die da auf der Bühne agieren. Es ist das Leben selbst, an dem wir Teil haben, da wir mitleiden. Nicht einmal der halunken Mario stößt uns ab. Das Leben hat ihn so geformt, wie er ist, auch nicht der selbstlichere Pfarrer, der äußerlich ein ganzer Mann von überquerender Lebenskraft ist, dessen Seele aber in Angst um den bürgerlichen Ruf verdorrt. Und der Zufall, den man Hauptmann zum Vorwurf macht, ist kein Bühnenrequisit. Der Zufall ist das Leben, ist seine Tragik. Wir alle wissen es. Er bestimmt uns Beruf, Ziel, Lebensrichtung. Aber keiner hat es vor Hauptmann so zwingend ausgesprochen: „Die Frage ist: sind wir für das, was mit uns geschieht, verantwortlich? Was es zu ändern oder nicht? Nein, wir sind nicht verantwortlich. Der Zufall, andere nennen ihn Vorsehung, ist verantwortlich. Das benimmt uns wenigstens den Gedanken der Schuld.“ Oder: „Das Leben selbst ist Brutalität. Das Leben kümmert sich nicht im allergeringsten darum, ob das verlorene Kind die Treiber der Schweine frisst oder selbst von den Schweinen gefressen wird und ob es zurückerhrt oder nicht. Das blieb mir noch übrig zu erfahren, denn diese ganze furchtbare Wahrheit konnte ich immer noch nicht.“ Weiter: „Ist es wahrhaftig, daß Dorothea dem gemeinen Mario folgt und dadurch ihrem Leben wieder eine entscheidende Wendung zum Schlechten gibt? Jawohl, es ist wahrhaftig. Mario beweist es schlagend mit einem zynischen Wort: „Ach was, mit Weibern muß man Bescheid wissen.“ Der Professor hat nicht Bescheid gewußt. Er ist zu schüchtern und trag seiner Ueberheblichkeit zu zaghaft. Dorothea ist zum Schluß doch gerechtfertigt. Sie paßt nicht mehr in das bürgerliche Milieu. Einmal hätte ihr Herbert doch das vernichtende Wort entgegengeschleudert: „Du bist eine Hure.“

In Berlin, im Deutschen Theater, unter Reinhardt hat Hauptmann einen Sieg errungen. Bei Reinhardt leuchten all die köstlichen Tönungen der Dichtung in reinen Farben. Ein seltenes Erlebnis,

diese Aufführung, obwohl gerade die Dorothea Angermann selbst ist. Jawohl, wer die Rolle bezwingen will, muß schauspielerisches Genie in sich bergen. Wie ist sie aufzufassen? Düstig, hart, mit leiser Melancholie, die Bitternis des Lebens nur ahnen? Oder hin und her geworfen zwischen Lust und Schmerz, zwischen Klarheit und Wahnwitz? Helene Thimig verteilt ihr von vornherein tranthafte Jüge. Darüber läßt sich sprechen. Aber nicht darüber, daß eine Dorothea Angermann etwas widerlich hysterisches in sich trägt, daß sie spinös, abern trostig, fündhaft rechtshaberlich spielt und daß sie ihr Gesicht ständig in nervösem Zucken weiterleuchten läßt. Da ist Ostar Homolka (Mario Mallonee) ein anderer Kerl. Die Niedrigkeit des Charakters ist gemildert durch eine selbstverständliche übermüßige Friße des Wesens, ein Halunke aus Ueberzeugung, immer frech, und geduckt, wenn's drauf ankommt. Den Professor Pfannschmidt hätte kein anderer spielen können als Mathias Wie man n. Seine Innerlichkeit geht sozulegen auf Filz-pantoffeln. Die linksche Unbeholfenheit seines Keuchens paßt prächtig auf die Wärme und Schwermüßigkeit seiner Seele. Ueber alle Nachen wunderbar ist der Pfarrer Angermann des Werner Krauß. Ein lärmender Polsterer. Ein selbstlichere, herrlicher Gewaltmenich, dem Laktlosigkeit zur Natur geworden ist. Verkörperung der Ueberbesicht. Brutale Kraft lebt in ihm, wenn er Dorothea zur Rechenstift zieht. Aber das Wort „Dirne“ haucht er nur. Wie meistert dieser Schauspieler seine Kunst. Auch Friedrich Kayser, Paul Henckels und Toni van Elk haben an dem begabtesten Beisatz Teil, der hier einer Dichtung gesendet wird.

Ernst Degner.

Kleist-Feler der „Deutschen Welle“. Im Mittelpunkt der Kleist-Feler, die „Deutsche Welle“ und der Berliner Rundfunk im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht veranstalten, steht die formal vollendete und gedankenreiche Rede von Wolfgang Goep. Keine Aufzählung trockener Daten, keine psychologischen Spitzfindigkeiten, die gerade bei Kleist beliebt sind, Goep zeichnet dieses „totgeweihte Haupt“, diesen mit sich und der Welt zerfallenen Dichter als den seiner Zeit Vorausgeeilten, als den Titanen, dessen Größe und dessen Lebensschafflichkeit ein Geschlecht, das für antike Ruhe eintrat, nicht begreifen konnte. Nur einer fühlte sein Genie und auch seine Tragik: Goethe. Entschieden lehnt Goep jeden Angriff gegen Goethes Verhalten ab. Der Sechsjährige führt das Wert seines jugendlichen Antipoden auf, das Wert eines Menschen, dessen Herrlichkeit den nach Harmonie Strebenden verhaft sein mußte, und zwar als eine Gefahr für die eigenen Bezirke. Wo findet Goethe in diesem Verhalten seinesgleichen? An Goep gemessen, vertritt Walter Krauß, der aus den Worten vorträgt. Grand hütet sich vor jedem Pathos, vor jeder dramatischen Pointierung, er bleibt vollkommen sachlich, doch die fähle Ueberlegenheit wird bereits zu weit getrieben, aber dahinter steht ein Iderndes, leidenschaftliches Temperament. Wie spricht Ludwig Hardt die Anekdoten aus dem letzten preussischen Krieg? Grand begnügt sich allein mit der ruhigen Haltung. Das Fundorchester unter Seidler-Winkler spielt Bihners Komposition zum „Nächten von Heilbronn“ und Hugo Wolfs „Penitencia“. Im ganzen eine Veranstaltung von hohem Niveau, eine Veranstaltung, die einen starken Eindruck hinterläßt.

J. S.

Vaugoins Wahlwindel.

Die Soldatenratswahl in Deutschösterreich.

Die bürgerlichen Parteien jubeln: Die Sozialdemokraten haben eine Niederlage erlitten! Ende der roten Soldatenvertretung! Ja, noch viel mehr: Ende der „roten Armee“ in Oesterreich! Es ist allerdings den Christlichsozialen und ihrem Heeresminister Vaugoin gelungen, durch einen unglaublichen Wahlwindel die Mehrheit der Mandate für den christlichsozialen „Wehrbund“ zu ergattern und sie dem freigewerkschaftlichen „Militärverband“ zu entreißen. Aber wie ist dieses Ergebnis zustande gebracht? Sehr einfach! Vor allem hat Herr Vaugoin schon seit Jahren alle Künste der Einschüchterung und Erpressung bei den Wehrmännern spielen lassen, indem er die Sozialdemokraten schikanieren ließ, sie nicht beförderte, sie „dienstlich“ versetzte, sie verfolgte und strafte, während die Wehrbündler protegirt, im Dienst befördert und auch sonst begünstigt und belohnt wurden. Aber mit allen diesen Mitteln vermochte er nur wenige schwache Charaktere zu beugen.

Die überwiegende Mehrheit der Wehrmänner blieb dem roten Militärverband treu!

Also vertogte sich Vaugoin auf die Jungmannschaft, auf den Nachwuchs. Jedes Jahr scheiden etwa 2500 Wehrmänner nach Vollendung ihrer Dienstzeit aus und ebensoviel werden neu eingestellt. Als Rekrut wird nur aufgenommen, wer vom Pfarrer und dem christlichsozialen Vertrauensmann empfohlen ist. Aber damit ist den Christlichsozialen diese Jungmannschaft noch nicht sicher genug. Monatslang werden die Jungmänner von der alten Mannschaft abgeseppelt und der Agitation der Christlichsozialen allein überlassen. Daß auch diese Rekruten trotz aller Abseppelung nicht absolut sicher sind, haben alle Wahlen und auch die letzten wieder gezeigt. Da die Mandate der Kompagnien zustehen, beruht die ganze Kunst des Siegens darin,

Die Kompagnien verschieden groß zu machen;

so wurden in den letzten Wochen ununterbrochen Mannschaften hin- und hergeschoben, bis man die Roten in großen Kompagnien und die Schwarzen in den kleinen Kompagnien beisammen hatte.

Durch diese Künste ist es wirklich gelungen, die Mehrheit der Mandate den Christlichsozialen zuzuführen, obwohl die Sozialdemokratie fast überall die Mehrheit der Stimmen — mit Ausnahme von Tirol und Borsberg — erhielt. Insgesamt erhielt der Militärverband 9411, der Wehrbund aber nur 654. Trotzdem haben

die 6354 Wehrbündler 129 Mandate erhalten, die 9411 Roten nur 118!

Bei dieser Wahlmacherei ist unser Stimmenverlust nicht vermerktlich; aber er ist geringer als die Zahl der in diesem Jahre ausgeschiedenen Wehrmänner. Es sind in diesem Jahre 2500 alte Wehrmänner ausgeschieden und durch ebensoviel Jungmänner, von den Pfarrern ausgewählt, ersetzt worden, aber der Verlust des Militärverbandes beträgt nicht 2500, sondern 1700 Stimmen. Wie wenig die Gegner übrigens Anlaß zum Jubel haben, beweist schließlich noch die Tatsache, daß sogar bei den Offizieren und Unteroffizieren neben 1250 Stimmen für die Christlichsozialen und 450 für die Deutschnationalen auch 610 Stimmen für die Sozialdemokraten abgegeben worden sind.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags tritt am Freitag vormittag zur Besprechung der Genfer Verhandlungen zusammen.

Selbst ein Minister darf einen Postizisten nicht beleidigen. Das rumänische Landesgericht in Pischinew hat den Arbeitsminister Dr. Lupu zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt, weil er in der Wahlkompagne einen Postizisten beleidigt habe. Berufung ist eingelegt.

Psychoanalyse und Erziehung. In der Aula des Werner-Siemens-Realschuliums fand eine gemeinsame Veranstaltung der „Entschiedenen Schulkreiser“ mit den Psychoanalytikern statt. Es sollten die Zusammenhänge aufgewiesen werden zwischen Psychoanalyse und Erziehung. Müller-Braunschweig, der erste Redner des Abends, ging zu sehr ins Detail; verbienstvoll aber war sein Hinweis auf ein weitverbreitetes Mißverständnis: die Psychoanalyse fordert nicht zu demungestörter Triebabfuhrung auf, viel eher noch zu „kontinuierlichem Verzicht“. Frau Dr. Horner erwähnte den Erzieher, den sogenannten „männlichen Protekt“ des jungen Mädchens nicht zu leicht zu nehmen, da daraus oftmals die spätere Verkennung der spezifisch weiblichen Aufgaben, die Ablehnung der Mutterschaft, erfolge. Simmel, der besonders vom Standpunkt des Arztes sprach, brandmarkte das Verhalten des alten Arztes, der sich lediglich mit Klassifizieren begnügt habe, mit der Feststellung, daß ein Kind psychopath sei. Damit sei aber wenig getan. Aufgabe des psychoanalytisch geschulten Arztes sei rechtzeitiges Vorbeugen, sei es, das Kind sozial einzuordnen. Den Höhepunkt des Abends bildeten die Ausführungen des Siegfried Bernfelds, der eine „Psychologie des Erziehers“ entwickelte. Der Erzieher befinde sich in einer höchst gefährdeten Situation. Der natürliche Gegensatz zwischen den Generationen bedinge eine gelegentliche Abneigung des Lehrers gegen die Jugend, die er aber nicht mehr wie der frühere Prügelpädagoge äußern dürfe. U. M.

Anfrage eines Großhändlers. Allmorgens um 6 Uhr klingelt es an meiner Wohnungstür und ein Zeitungsbote wirft das „10-Uhr-Vormittagsblatt“ durch den Briefkasten. Um 8 Uhr finde ich auf meinem Kaffeetisch, wie üblich, die „Allgemeine Mittagszeitung“ und während der Frühstückspause im Bureau schicke ich den Boten, um Nachmittagsblätter zu holen. Während ich um 2 Uhr in meinem Stammtisch zu Mittag esse, verkauft man mir das „7-Uhr-Abendblatt“ und eine Stunde später zum Kaffe die „Nachtausgabe“. Nach Bureauauflauf habe ich auf dem Nachhausewege noch gerade Gelegenheit, die Morgenzeitung (vom nächsten Tag) zu kaufen, und dann gehe ich schlafen. — Aber jedesmal vor dem Einschlafen quält mich derselbe Gedanke: Welche Tageszeitungen liegen eigentlich in der Zeit zwischen meinem Einschlafen und dem Erwachen am nächsten Tage?

Bravo laut läßt am Sonnabend, dem 22. Oktober, 30 Uhr, im Erdsaal des Kunstgewerbemuseums, Prinz Albrecht, 7a, den zweiten seiner Lichtbilderberichte über „Neue Baukunst“, die auf Veranstaltung der Kaiserliche G. H. Nationalen, Karten zum Preise von 0,70 M. in den Vorderausstellungen der Kaiserliche und an der Abendkasse.

Ausführung der höchsten Johannesposten. An der von der Kaiserliche G. H. Nationalen in Gemeinschaft mit dem Berliner Volkschor veranstalteten Aufführung der Johannespassion von J. S. Bach, die am 25. 20 Uhr, in der Garnisonkirche stattfand, wirkten neben dem Einleitenden als Solisten mit: Minna Ober-Walde, Anita Lindberg, Alfred Fiedler, Hermann Ehm, Felix Weber, Ernst. Einleitarten in der Vorspielbehandlung, in den bekannten Zahlstellen und an der Abendkasse. Für die Konzeptionsarbeiten hat Prof. Steinhilber am 22. 20 Uhr, in der Aula Sponsenstrasse 70 einen Einleitungsbericht.

Gumboldt-Hochschule. Dr. H. Antonia läßt am 22. 30 Uhr, in der Georgenstr. 30/31 einen Vortrag über das Thema: „Die Kunst der Kiste — ein Beitrag zur Kunstgeschichte“. Karten zu 0,70 M. für Nichtmitglieder 1.— M., sind auch an der Abendkasse erhältlich.

Zwei Stunden im Arbeitsgericht.

Kitty, die Asphaltblüte.

Kitty gehörte keinesfalls zum Stamme der Asra, die sterben, wenn sie lieben, sondern ganz im Gegenteil, es gehörte zu ihrem Leben, hin und wieder einen mehr oder minder großen Seitensprung zu machen. Eines abends lernte Kitty den Besitzer eines Konfektionsgeschäftes in Berlin und Hamburg kennen. Die Bekanntschaft wurde auf der Straße geschlossen — die Beteiligten wußten später nicht mehr anzugeben, ob am Kurfürstendamm oder am Kottbuser Damm, woraus man aber jedenfalls schließen kann, daß Kitty ein sehr großes Beidlinquosfeld hatte —, wurde in einem Cafe verstärkt und führte über den Umweg eines kleinen Hotels in eine Bar. Dann hörte der Berlin-Hamburger Großkaufmann vier Monate nichts mehr von Kitty. Wahrscheinlich hätte er die Bekanntschaft überhaupt vergessen, wenn er nicht plötzlich eine Vorladung vor das — Arbeitsgericht Berlin erhalten hätte. Kitty behauptete, sie sei von dem Mann als Privatsekretärin engagiert worden und legte auch tatsächlich einen schriftlichen Anstellungsvertrag vor. Auf Grund des „Anstellungsvertrages“ forderte sie nun Gehalt für vier Monate. Der Beklagte ludte ganz fürderlich vor Gericht. Die Echtheit des Vertrages konnte er zwar nicht bestritten, aber er erklärte, daß dieser Vertrag nur ein Scheinvertrag gewesen sei. Er hätte ihn pro forma Kitty auf deren Bitte hin ausgestellt, damit diese zu Hause einen Betrag vorlegen konnte, der es glaubhaft erscheinen ließ, wenn Kitty einmal des Nachts nicht nach Hause kam, weil sie angeblich nach Hamburg reisen mußte. Der Vorsitzende des Arbeitsgerichts hatte Verständnis für diesen Fall. Er kündigte Kitty an, daß, wenn sie noch einmal in einem derartigen Prozeß vor ihm erscheinen würde, er sie unverzüglich der Polizei übergeben würde. Dem beklagten Geschäftsmann aber erklärte er, daß er für die Unterstützung einer so leichtfertigen Asphaltblüte bestraft werden müsse. Er legte ihm nahe, einen größeren Betrag für die Kriegsblinden zu zahlen. Und so bekam an Stelle von Kitty die Blindenfürsorge die eingeklagte Summe.

„Dienst am Kunden“.

„Dienst am Kunden“ ist eines der geläufigsten Schlagwörter der Gegenwart. Alle Geschäfte führen es in ihren Inseraten. Wie es aber in Wirklichkeit bei zweifelhafte Geschäften manchmal mit diesem „Dienst am Kunden“ aussieht, zeigte eine Verhandlung vor dem Berliner Arbeitsgericht. Eine Bekleidungs-Gesellschaft war von zwei geländigten Verkäuferinnen wegen unbilliger Härte verklagt worden. Die Klägerinnen verlangten Weiterbeschäftigung oder Zahlung einer Abfindungssumme. Sie machten für sich geltend, daß sie die ältesten Verkäuferinnen im Hause seien.

Kommunistische Leichtfertigkeit.

Keine Chapman-Provision an Magistratsmitglieder.

Der Magistrat beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung auch mit den Vorwürfen, die in der gestrigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung von dem kommunistischen Stadtverordneten Schwenz erhoben worden sind, und in denen er Mitglieder des Magistrats und der städtischen Verwaltung beschuldigt, von der Berliner Vertretung der Firma Chapman 25 000 Mark erhalten zu haben.

Diese Anschuldigungen, die gestern im Stadtparlament erhebliches Aufsehen erregten und bis zuletzt von den Kommunisten, als gegen Magistratsmitglieder gerichtet, aufrechterhalten wurden, hoben sich jedoch sehr schnell als ungerechtfertigt und hohl herausgestellt. Nachdem Oberbürgermeister Böß schon vor der Magistratsitzung von dem Vertreter der Firma Chapman, Rosenfeld, aufgelöst wurde, der die kommunistischen Vorwürfe als gegenstandslos aufklärte, ging dem Oberbürgermeister während der Magistratsitzung ein Schreiben der Berliner Vertretung der Firma Chapman zu, in dem der wirkliche Tatbestand wie folgt dargelegt wurde:

Es wird zunächst darauf hingewiesen, daß das von dem Stadtverordneten Schwenz genannte Bauhaus Jakob Frant, Rohrenstraße 66, überhaupt nichts mit der Firma Chapman zu tun hat, sondern nur an deren Vertreter Rosenfeld als Untermieter einige Räume abgegeben hat. Des weiteren wird betont, daß der kommunistische Stadtverordnete Krauppaul vor einiger Zeit in das Bureau der Chapman'schen Vertretung gekommen sei, um Rosenfeld zu sprechen. Bei dieser Gelegenheit habe Krauppaul die Bemerkung gemacht, daß J. Chapman bei dem Bauangebot, das sich bezieht auf das Schöneberger Südkanalbecken, sehr gut verdient habe, weil er für die Vortreibung der Option 100 000 Mark von der Stadt erhalten habe. Diese Bemerkung wurde von dem in dem Bureau anwesenden Bekannten des Herrn Rosenfeld bestätigt, aber darauf hingewiesen, daß die Firma nun den 100 000 Mark 25 000 Mark habe abgeben müssen. Es sei dabei aber mit keinem Worte gesagt worden, daß diese Summe an einen Kommunalbeamten oder an ein Magistratsmitglied geflossen sei, sondern es handele sich um eine Privatperson, deren Name dem Schreiber bekannt gewesen sei, die das Geld als Provision neben einigen Mitarbeitern erhalten habe. In dem Schreiben, das an den kommunistischen Fraktionsführer Schwenz, den kommunistischen Stadtverordneten Krauppaul und auch den Oberbürgermeister Böß abgeschrieben gegangen ist, wird noch darauf hingewiesen, daß der Stadtverordnete Krauppaul die ihm gewordenen privaten Mitteilungen einstellt und unter Verdrehung der Tatsachen der Öffentlichkeit bekanntgegeben habe. Die Anschuldigungen des kommunistischen Stadtverordneten Schwenz in der Stadtverordnetenversammlung werden zum Schluß auf Grund des wirklichen Tatbestandes als eine Leichtfertigkeit bezeichnet.

Ein halbes Jahr Berliner Einheitsfahrtschein!

In Ergänzung der von uns heute morgen gebrachten Zahlen dürfte es noch interessieren, in welchem Umfange von der Umsteigeberechtigung Gebrauch gemacht wird. Vor der Vereinheitlichung des Verkehrs spielte der Umsteiger zwischen Straßenbahn und Hochbahn fast gar keine Rolle. Wir erinnern uns noch, welches Erstaunen es auf der Straßenbahn hervorrief, wenn ein Fahrgast einen „grünen“ Umsteiger forderte und der Schaffner den Bloß dafür aus der sorgsam verschlossenen Blechschachtel hervorholte. Heute sind fünfzehn Prozent aller auf der Straßenbahn ausgehenden Fahrkarten Umsteiger zur Hochbahn. Es liegen aber fünfmal soviel Fahrgäste von der Hochbahn zur Straßenbahn über als umgekehrt. So kommt es, daß auf der Hochbahn nahezu die Hälfte des gesamten Verkehrs heute aus Uebersteigern besteht und daß diese Entwicklung, wie sich unschwer aus der Statistik erkennen läßt, zurzeit noch im Zunehmen begriffen ist. Beim Omnibus liegen die Verhältnisse so, daß schon die Einführung der Umsteigeberechtigung vom Omnibus zu den anderen Verkehrsunternehmungen eine erhebliche Steigerung der Zahl der Fahrgäste hervorgerufen hat, wie ja jeder aus der Ueberfüllung der Wagen konstatieren konnte, und daß diese Verkehrszunahme noch weitaus allein auf die Umsteiger zurückzuführen ist.

Verkehrspolitisch gesehen, darf also schon heute gesagt werden, daß der Zweck der Umsteigeberechtigung im vollen Umfange erfüllt worden ist: das beste und an sich teuerste Verkehrsmittel, die Schnellbahn, die aus ihrem Binnenverkehr heute die Verkehrsleistungen allein nicht mehr zu decken imstande wäre, wird infolge der Vereinheitlichung des Verkehrs und der Umsteigermöglichkeit von allen Schichten der Bevölkerung, soweit es irgend angängig ist, benutzt. Der Sinn der Vereinheit-

Die Bekleidungs-Gesellschaft führte aus, daß die beiden Klägerinnen nicht genug Umsatz erzielt hätten. Es sei im Hause vorgezeichnet, daß jede Verkäuferin für mindestens 10 000 M. im Monat umsetzen müsse. Diese Quote sei von den beiden Klägerinnen nicht erreicht worden. Die Verkäuferinnen führten jedoch aus, daß gerade sie besonders tüchtig gewesen seien, denn sie hätten jeden Monat die höchsten Prämien ausgezahlt bekommen für den Verkauf der sogenannten „Ladenhüter“. Die eine der Klägerinnen erklärte mit Stolz wörtlich vor Gericht: „Ich habe der Kundenschaft stets den größten Bommel angebrocht.“ So sieht also hin und wieder „der Dienst am Kunden“ aus. Die Verkäuferinnen werden zuweilen schlecht bezahlt und dann auf Provision angewiesen. Die Provision wird aber nur gezahlt für irreguläre Ware, das Personal wird also gehalten, der Kundenschaft „Ladenhüter“ und „Bommel anzubringen“. Das Arbeitsgericht stellte sich auf den Standpunkt, den die Klägerinnen eingenommen hatten. Es stellte fest, daß das „Andrehen des Bommels“ längere Zeit erfordert als der Verkauf regulärer Ware und daß es eben das Verschulden der Beklagten sei, wenn die Klägerinnen die vorgezeichnete Quote nicht erreicht hätten. Es läge also eben in diesen eigenartigen Geschäftsmethoden begründet. Dem entsprechend wurde die Gesellschaft verurteilt, die Klägerinnen weiter zu beschäftigen oder ihnen eine entsprechende Abfindung zu zahlen.

„Guten Morgen, Herr Kollege!“

Man könnte diesen Gerichtsbericht auch überschreiben mit „Kam die der Dummheit“. Der Kläger ist entlassen worden, weil er sich „despektierlich“ zu seinem Vorgesetzten benommen haben soll. Er war als Kusthillsarbeiter tätig gewesen und hatte seinen Vorgesetzten, einen festangestellten Borarbeiter, begrüßt mit den Worten „Guten Morgen, Herr Kollege!“ Der festangestellte Herr Borarbeiter war müde darüber, daß ihn ein zur Kusthilfe angenommener gewöhnlicher Arbeiter mit „Kollege“ bezeichnete, noch dazu in Gegenwart anderer, er glaubte, daß dadurch sein Ansehen sinken würde und legte sofort eine riesige Beschwerde an den Betriebsleiter auf. Und da sich der Vorfall in einem Staatsbetrieb, der von Beamten geleitet wird, abgespielt hatte, erblickte auch der Betriebsleiter in dieser vertraulichen Besprechung einen Verstoß gegen die Subordination und der betreffende Kusthillsarbeiter wurde entlassen. Das Arbeitsgericht freilich sah das „Verbrechen“ nicht als so schwerwiegend an, um darauf hin den Arbeiter fristlos zu entlassen. Die Beklagte wurde verurteilt, dem Arbeiter den Lohn bis zum Tage einer ordnungsgemäßen Kündigung zu zahlen. Die Geschichte zeigt, daß die Titelsucht auch heute noch die feinsten Blüten treibt.

lichung ist erfüllt. Und der Erfolg hat die geheuten Erwartungen nicht nur erfüllt, sondern übererfüllt. Die Gesamtzahl der beförderten Fahrgäste war im voraus auf 1100 Millionen im Jahre geschätzt worden, sie wird sicherlich bereits im ersten Jahre über 1200 Millionen betragen.

Vaterrord in Charlottenburg.

Die Nordkommission wurde heute mittag nach der Hebbelstraße 2 in Charlottenburg alarmiert, wo der etwa 30jährige Kaufmann J. Abraham mit einer Schußwunde in der Herzgegend tot in seinem Bule lag. Als Täter wird der erwachsene Sohn Abrahams bezeichnet. Bei Reaktionsabschluss waren die Vernehmungen noch nicht abgeschlossen.

Mittelfeuer in Lichtenberg.

Mit der Bekämpfung eines größeren Brandes war die Feuerwehr gestern nacht in der Türschmidstraße 16 zu Lichtenberg beschäftigt. Auf dem hinteren Teil des Grundstücks ist ein etwa 20 Meter langer und 8 Meter breiter Lagerraum einer Holzwarenfirma, in dem große Vorräte von fertigen Korbmöbeln, Holzern usw. lagerten. Gegen 1 Uhr wurde hier von Hausbewohnern ein starker Feuerzeichen wahrgenommen. Die Feuerwehr wurde alarmiert, die bei ihrem Eintreffen jedoch einen so ausgebreiteten Brandherd vorfand, daß der III. Alarm, d. h. „Mittelfeuer“ gegeben werden mußte. Zwei weitere Löschzüge rückten hierauf zur Hilfeleistung an. Durch starkes Wassergeben aus fünf Schlauchleitungen gelang es, das Feuer nach fast zweifündiger Tätigkeit wieder zu kämpfen. Der Schaden ist erheblich, jedoch durch Versicherung gedeckt. Die Entstehungsurache konnte noch nicht festgestellt werden.

Sport.

Sportpalast-Premiere!

Chmer in großer Form! Tononi-Fride gewinnen das 50-Kilometer-Rennen.

Die hübsche Winterbahn in der Potsdamer Straße konnte ihre gestrige Premiere mit Erfolg durchführen. Das Publikum war zahlreich vertreten, am Start sammelten sich gute Fahrer, die auch für lebhaftes Rennen zu sorgen mußten. Allerdings: Fliegerweltmeister Richard Paris und der Kölner Osmella hatten wegen Krankheit abgejagt. Ein Berliner Mittagsblatt war in der Lage, dieses ihren Lesern rechtzeitig mitzuteilen, während der weitaus größte Teil der Abendblätter ohne Nachricht blieb. Ein ungemöller Regenschauer der Sportpalastdirektion? Das Publikum machte zuerst Protest, beruhigte sich jedoch bald wieder.

Das Programm stand ganz im Zeichen des kleinen Vothar Chmer, der gestern abend, dank einer überprüften Fahrweise, die Herzen tausender Sportfreunde schnell eroberte. Hier kommt ein deutscher Fahrer von Klasse, ein ernsthafter Gegner bester ausländischer Sprinter! Schon im ersten Vorlauf um den „Großen Preis der Inländer“ fuhr Chmer bravours gegen Fride, Buschenhagen und Hahn. Eine Glanzleistung jedoch war es, als er im Endlauf um den „Großen Preis der Nationen“ den „Liegenden Holländer“ van Kempen schlug! Van Kempen schien den Sieg sicher zu haben und besand sich als erster kurz vor dem Zielband, als Chmer unter lebhaftem Beifall des Publikums vorbeiging. Der Vorstoß war verblüffend, der starke Antritt des jungen Fahrers ist zu fürchten. Auch den „Großen Preis der Inländer“ sicherte sich Chmer vor Oskar Rütt und Buschenhagen. Am Endresultat um den „Großen Preis der Ausländer“ dominierte Tononi. Den Beschluß des ersten Renntages bildete der „Große Preis vom Sportpalast“, ein internationales 50-Kilometer-Mannschaftsrennen. Sehn Mannschaften stellten sich dem Starter. Ding es vorerst ruhig zu, so änderte sich das Bild nach Erledigung der ersten 10 Kilometer. Tononi und Fride wagen den ersten Vorstoß, frische Kraft auf dem Posten, doch ein späterer Kesselschaden vernichtet seine Aussicht auf Kundengewinne. Doch das Feld ist heunruhigt, und bald wagt die deutsch-italienische Kombination einen neuen Vorstoß, bei dem sechs Mannschaften eine bzw. zwei Runden verlieren. In der Spitze befinden sich nur noch Tononi-Fride, Koch-Buschenhagen, van Kempen-Rütt und Chmer-Demoff. Bei einem abermaligen Vorstoß Tononis gibt es für schwächere Paare wieder Verluststrunden. Nach einer harten Schlusswertung hatte das Mannschaftsrennen sein Ende erreicht. Sieger wurden Tononi-Fride 35 Punkte, vor Koch-Buschenhagen 24, van Kempen-O. Rütt 23 und Demoff-Chmer 20 Punkte.

Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaften

Schwacher Rückgang auch im September.

Nach der vom ADGB Ende September veranstalteten Erhebung über die Arbeitslosigkeit in den freien Gewerkschaften ist der Prozentsatz der Arbeitslosen von 5,1 Proz. Ende August auf 4,7 Proz. Ende September zurückgegangen. Auch die Zahl der Kurzarbeiter hatte geringfügig abgenommen, und zwar von 2,8 Proz. auf 2,4 Proz.

Trotz dieses Rückganges, der das Anhalten des guten Beschäftigungsgrades bestätigt, kann von einer Hochkonjunktur im Allgemeinen noch nicht gesprochen werden. Immer noch liegt die Arbeitslosenziffer ganz erheblich über den Zahlen der Vorkriegszeit.

Im Bauberuf hat sich der Beschäftigungsgrad gebessert. Der Baugewerksbund verzeichnet 3,7 Proz. Arbeitslose, die Maler allerdings 4,5 Proz., die Zimmerer 2,2 Proz., die Steinarbeiter 1,2 Proz.

In der Bekleidungsindustrie besteht immer noch eine trübselige Arbeitslosigkeit. Die Bekleidungsindustrie haben 9,2 Proz. Arbeitslose und 7,3 Proz. Kurzarbeiter. Bei den Hutarbeitern ist die Arbeitslosigkeit geradezu hoffnungslos: 24,7 Proz. Arbeitslose, 1,8 Proz. Kurzarbeiter. Auch bei den Schuhmachern ist die Arbeitslosigkeit mit 6,5 Proz. Arbeitslosen und 7,1 Proz. Kurzarbeitern außerordentlich hoch.

Nach schlimmer steht es bei den Sattlern, Tapezierern und Portefeuliers, die 12,7 Proz. Arbeitslose und 5 Proz. Kurzarbeiter aufweisen. Auch hier ist die Krise von hartnäckiger Dauer. Auch die Lederarbeiter liegen mit 5,6 Proz. Arbeitslosen und 3 Proz. Kurzarbeitern über dem Durchschnitt.

Im Bergbau ist die Arbeitslosigkeit nur geringfügig: 1 Proz. Arbeitslose, aber 6,5 Proz. Kurzarbeiter.

Am graphischen Gewerbe hält sich die Arbeitslosigkeit auf dem gegenwärtigen Reichsdurchschnitt. Die Buchdrucker haben 3,8 Proz. Arbeitslose und 0,4 Proz. Kurzarbeiter, die Buchbinder 5,2 Proz. Arbeitslose und 7,8 Proz. Kurzarbeiter, die graphischen Hilfsarbeiter 4,4 Proz. Arbeitslose und 1,4 Proz. Kurzarbeiter, die Lithographen 4,7 Arbeitslose und 2,1 Proz. Kurzarbeiter.

Immer noch sehr hoch, wenn auch erheblich zurückgegangen ist die Arbeitslosigkeit bei den Holzarbeitern: 7,7 Proz. Arbeitslose und 2,5 Proz. Kurzarbeiter.

Besonders stark ist die Besserung in der Metallindustrie, wo Ende September noch 4,4 Proz. Arbeitslose und 2,2 Proz. Kurzarbeiter vorhanden waren.

Entwas ungünstiger ist die Lage im Verkehrsbund, der 5,2 Proz. Arbeitslose und 2 Proz. Kurzarbeiter aufweist. Anbauern gut ist der Beschäftigungsgrad der Textilarbeiter, die 2,8 Proz. Arbeitslose und ebensoviel Kurzarbeiter aufweisen.

Sehr stark ist die Arbeitslosigkeit immer noch im Lebensmittelgewerbe. Der Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband verzeichnet immer noch 9,4 Proz. Arbeitslose und 3 Proz. Kurzarbeiter, die Lebensmittel- und Getränkearbeiter allerdings nur 3,2 Proz. bzw. 0,2 Proz., dagegen die Fleischer 13,2 Proz. Arbeitslose und 2,4 Proz. Kurzarbeiter.

Schwer lastet auch die Arbeitslosigkeit auf den Tabakarbeitern, die 7,8 Proz. Arbeitslose und 11,9 Proz. Kurzarbeiter haben. Noch schlimmer steht es bei den Gärtnern: 14,3 Proz. Arbeitslose, 0,5 Proz. Kurzarbeiter.

Alles in allem kann man eine gewisse Stabilisierung des Arbeitsmarktes während der letzten Monate beobachten. Diese Stabilisierung ist nicht nur eine allgemeine, sondern ist auch innerhalb der einzelnen Industriezweige festzustellen. In einzelnen Industrien ist die Besserung des Beschäftigungsgrades eine anhaltende, in anderen wieder erhält sich die Zahl der Arbeitslosen hartnäckig sehr hoch. Hier wird die Einschränkung der Lehrlingsziffer, wie auch die Umschulung der Arbeitslosen ins Auge zu fassen sein.

Die Arbeitslosigkeit dürfte in den nächsten Monaten in den Saisongewerben wohl steigen, doch scheint der allgemeine Beschäftigungsgrad weiterhin günstig zu bleiben, ein Grund mehr für die Gewerkschaften, auf die Forderung der Erhöhung der Löhne mit Nachdruck zu bestehen, schon aus allgemeinerwirtschaftlichen Gründen. Nur hohe Löhne sichern auf die Dauer einen guten Beschäftigungsgrad.

Arbeitszeit wie vor allem um die Abwendung der von dem Grubenbesitzer beschlossenen Herabsetzung der Kford-Löhne. Der Ministerrat hat am Dienstagabend beschlossen, zwei Minister, darunter den der öffentlichen Arbeiten, in das Streikgebiet zu entsenden. Die Gewerkschaften haben einen Aufruf erlassen, indem die Bergarbeiter aufgefordert werden, größte Ordnung zu bewahren, um Zwischenfälle zu vermeiden.

Gewerkschaft Deutscher Volkstheater, Bres.-Leib. Berlin. Nächste Sitzung Sonnabend, den 22. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Saal des Berliner Stadthauses (Eingang Alsterstr. 11. Stock). Tagesordnung: 1. Bericht über den Stand der Arbeit, 2. Besetzung, 3. Besetzung des ADGB.

Wirtschaft

Walzenindustrie im Siegerland.

Erfahrungsgemäß wirkt sich eine Belebung des Eisenmarktes in der weiterverarbeitenden Montanindustrie erst einige Zeit später aus, wenn die Nachfrage die Hütten- und Walzwerksindustrie zum Ausbau der Stahlwerke und zur Neuanlage von Walzenstraßen zwingt und der erhöhte Beschäftigungsgrad zu entsprechend größerem Beschleiß der Produktionsmittel führt. So ist auch die Röhren-Fabrik L. & C. in Siegen, die als Walzenfabrikant für Walzwerke zur verarbeitenden Industrie zu rechnen ist, erst gegen Anfang des Jahres in die gute Konjunktur hineingezogen worden; doch genügt die Belebung in den letzten 6 Monaten des Geschäftsjahres 1926/27, um ein gegen die beiden Vorjahre erheblich besseres Geschäftsergebnis zu bringen.

Das vergrößerte Geschäft kommt in dem von 1900 auf 102 000 Mark erhöhten Reingewinn zum Ausdruck, obwohl Unkosten mit 0,29 Millionen Mark auf der Höhe des Vorjahres blieben, Abschreibungen sogar um 40 000 Mark auf 0,23 Millionen Mark erhöht sind. In der Bilanz ist die Vermehrung der liquiden Gelder bemerkenswert, die nicht allein auf die Zahlung von 225 000 Mark durch die Reichsbahn aus einem früheren Streikfall zurückzuführen ist. So haben sich die Forderungen mit 1,82 Mill. Mark mehr als verdreifacht, während die Verpflichtungen mit 1,4 Millionen Mark sich knapp verdoppelt haben. Die mit 0,67 Millionen Mark weit über das Doppelte des Vorjahres hinausgehenden, zeugen von einem hohen Auftragsbestand. Da die Vermehrung es vorgefalscht, den Gewinn in voller Höhe auf nächste Jahr zu übertragen, bleiben die 6,3 Millionen Aktienkapital, wie in den beiden letzten Jahren, wiederum ohne Dividende.

Die Gerüchte über eine bevorstehende Fusion der Gesellschaft mit der Peipers L. & C. in Siegen, die eine gleichgerichtete Produktion hat, werden von der Verwaltung dementiert, wobei sie betont, daß sie auch in Zukunft auf Selbstständigkeit Wert legt. Trotzdem wird die Gesellschaft neuerdings mit einem weiteren Interessensausbau des Stahlwerkes und der L. & C. Farbenindustrie in Zusammenhang gebracht. Bei dem Farbenstreik würde sich jedoch das Interesse lediglich auf das Werk Dggersheim konzentrieren, das Apparate und Säurepumpen für die chemische Industrie herstellt und fast ausschließlich für den Farbenstreik arbeitet.

Aus der Partei.

Dem Andenken Karl Grillenbergers.

Heute vor 30 Jahren starb der große Organisator der Sozialdemokratie Frankens, Karl Grillenberger, an einem Schlagfluss. Er hat die Presse Bayerns geschaffen, und namentlich die „Frankische Tagespost“ zu einem führenden Parteiblatt gestaltet. Ihm gelang das große Wagnis, diese Zeitung durch alle Klippen des Ausnahmegerichtes zu steuern. Unter diesem Geßel wurde durch ihn Nürnberg zum dem eigentlichen Zentrum der sogenannten geschichtlichen Literatur der sozialdemokratischen Zeit. Die sozialdemokratische Massenpropaganda förderte Grillenberger unermüdet durch die Herausgabe zahlreicher Broschüren von Liebknecht, Frohme usw., und der großen Parlamentsreden unserer Führer. Grillenberger stand in regster Verbindung mit den Parteiorganisationen ganz Deutschlands. Größte Verbreitung hatte seine „Arbeiter-Chronik“. Er druckte geheim den „Sozialdemokraten“ und das St. Galler Parteiprogramm. Er entschlüpfte gerade noch den polizeilichen Verfolgern, die ihn in den Elberfelder Geheimbund verstrickt hatten und seine sichere Beurteilung zu einer langen Gefängnisstrafe erwarteten.

Sehr wesentliche Dienste erworb Grillenberger um die Demokratisierung Bayerns. An seinem Todestage hatte er sich mit der ganzen Wucht seines leidenschaftlichen Temperaments für den sozialdemokratischen Wahlrechtsvorschlag in der Bayerischen Kammer eingesetzt. Von diesem Tage an datiert eigentlich die große Volksbewegung, die zuerst in Bayern das allgemeine Wahlrecht in die Landesparlamente einzuführen suchte.

Grillenberger hat sich aus dem Elend heimindustrieller Verhältnisse — er bemalte selbst Zinnsofden und erlernte dann unter dem Zwang ständiger Not des Schlosserhandwerk — zu einem umsichtigen, geschäftlichen Leiter der Nürnberger Parteiunternehmungen emporentwickelt. Er war eine bedeutende Persönlichkeit von starkem Eigenwuchs. Schlagfertig und von überprüfendem Humor, hat er seine großen Parlamentskämpfe gegen die Sozialistenführer Bismarck und Buttiker geschlagen. Ganz hervorragend war seine schriftstellerische Gabe, selbst schwierige sozialpolitische Thematata packend und volkstümlich zu behandeln. Seine Erlebnisberichte als Wanderbursche schilderte er urlebendig im „Wahren Jacob“.

Er war einer der wirksamsten Bahndreher des demokratischen Sozialismus in Deutschland.

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Geiger; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: H. Götzer; Revolution: Dr. John Schimanski; Volontar: und Sonstige: Felix Kersch; Anzeigen: Ed. Glöckler; sämtlich in Berlin; Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Siebtentägige Arbeitswoche.

Eine Neuerung der Reichsbahn.

Es scheint an der Zeit, daß gerade gelegentlich des Zusammentritts des Reichstages recht deutlich auf Zustände bei der Reichsbahn hingewiesen wird, die unter keinen Umständen länger geduldet werden dürfen.

Neuerdings versucht man auf den meisten Dienststellen die Zustimmung der Personalvertretung zur siebentägigen Arbeitswoche zu erhalten, indem von den Dienststellenleitern darauf hingewiesen wird, daß bei der schlechten wirtschaftlichen Lage des Personals jeder einzelne zur Aufbesserung seines Einkommens doch ganz gut eine Tagesbezahlung mehr pro Woche brauchen könne. Das bedeutet natürlich die Aufhebung der 36-Stunden-Woche und Einführung der 63-Stunden-Woche. Auf vielen Bahnhöfen hat die Personalvertretung im Gegensatz zu den Forderungen der Gewerkschaften aller Richtungen ihre Zustimmung zu dieser wirtschaftsfeindlichen Maßnahme gegeben. Die Hintergründe für diesen Schritt der Dienststellenleiter sind sehr interessant. Bekannt ist, daß die meisten Dienststellenleiter eine ganz erhebliche persönliche Zulage aus dem sogenannten Korruptionsfonds erhalten, um das Personal zu größter Arbeitsintensität anzuhaken. In einigen Wochen wird auch die Weihnachtsgeldauszahlung vor sich gehen, die ihren Segen wieder über diejenigen Dienststellenleiter ausgehen wird, die aus dem Personal am meisten herausgeschunden haben.

Richtig ist, daß die Vermehrung der einzelnen Dienststellen mit statistischem Material zu immer größerer Arbeitsleistung gegenseitig auspielt. Jeder Dienststellenleiter hat also das größte persönliche Interesse daran, aus dem Personal herauszuholen, was nur im Bereich der Möglichkeit liegt. Bekannt ist, daß für alle Gruppen der Beamten wie auch der Arbeiter seit langer Zeit, zumeist seit Jahren schon, eine vollkommene Einstellungsperre besteht. Statt die überlange Arbeitszeit, die sich wie oftmals nachgewiesen, direkt betriebsgefährdend auswirkt, abzubauen, versucht man also die Arbeitszeit im Wochenlohn noch zu verlängern. Auf den Gedanken, den Arbeitslohn durch Einstellung neuer Kräfte zu bewältigen, ist bei der unter schwerindustriellem Einfluß stehenden Reichsbahnverwaltung noch niemand gekommen. Aus diesem Grunde täte der Reichstag gut, sich einmal mit der Politik der Gesellschaft zu befassen, die immerhin noch eine Reichsbahn-Gesellschaft ist.

Kommunistische Puscherei.

Demagogie oder Dummheit.

Es vergeht kein größerer Streik, ohne daß die KPD sich betruhen glaubt, den Gewerkschaften ins Handwerk zu puschen. So hat die Reichstagsfraktion der KPD sich anlässlich des mittel-deutschen Braunkohlenarbeiterstreiks bemüht, zwei Anträge einzubringen. Der eine Antrag spricht dem Reichsarbeitsminister das Mißtrauen aus, der zweite verlangt, daß die streikenden Braunkohlenarbeiter „bis zur Beilegung des Konfliktes die Erwerbslosenunterstützung erhalten“.

Doch wir kein Vertrauen zu dem Reichsarbeitsminister haben.

brauchen wir nicht zu wiederholen. Wozu soll aber der lächerliche Antrag dienen, der von dem Reichstag einen Beschluß verlangt, wonach den streikenden Braunkohlenarbeitern Erwerbslosenunterstützung zu zahlen ist? Zunächst sagt der Antrag gar nicht, aus welchen Mitteln diese Unterstützung gezahlt werden soll. Die Formulierung läßt aber darauf schließen, daß die kommunistische Reichstagsfraktion diese Mittel aus der Arbeitslosenversicherung entnehmen wissen will. Das wäre gleichwidrig.

Wozu aber einen solchen Antrag einbringen, von dem die kommunistische Reichstagsfraktion im voraus wissen muß, daß seine Annahme völlig aussichtslos ist? Aber ganz abgesehen davon, daß man selbst in Sowjetrußland streikenden Arbeitern niemals aus öffentlichen Mitteln Erwerbslosenunterstützung zahlen wird, so bedeutet ein solcher Antrag, daß die Kommunisten den Unorganisierten sagen: „Ihr braucht euch nicht gewerkschaftlich zu organisieren; wenn gestreikt wird, bekommt ihr Erwerbslosenunterstützung.“

Die Kommunisten behaupten stets, daß der Parlamentarismus überhaupt nichts taugt und beseitigt werden müsse. Sie stellen sich aber in der Praxis so ein, als wäre der Reichstag ein Mädchen für alles.

Lohnbewegung in der Aachener Textilindustrie.

Aachen, 19. Oktober. (Rfb.)

Die Gewerkschaften der Aachener Textilindustrie haben den bestehenden Lohnstarif zu Ende des Monats gekündigt. Es wird eine Lohnerrhöhung von 10—20 Proz. gefordert.

Ernennung des Schlichters für Westfalen.

Dortmund, 19. Oktober. (Rfb.)

Der bisher im Reichsarbeitsministerium tätig gewesene Regierungsrat Brisch ist vom Reichsarbeitsministerium zum Schlichter für den Bezirk Westfalen bestellt worden.

Stillelegung ober-schlesischer Zinkhütten.

Sämtlichen Arbeitern und Angestellten der Wilhelmine-Zinkhütte in Schoppinsh und der Kunigunde-Zinkhütte in Bogutschütz ist gekündigt worden, da die beiden Betriebe, die der Schlesischen Zinkhütten-L. & G. gehören, stillgelegt werden sollen. Unter den Entlassenen befinden sich Arbeiter und Angestellte, die schon über 25 Jahre bei der Verwaltung tätig sind.

Streik dänischer Hafnarbeiter.

Kopenhagen, 19. Oktober. (Rfb.)

1500 Hafnarbeiter haben hier gestern ohne vorherige Ankündigung die Arbeit niedergelegt, weil sie nicht unter einem Vorgesetzten arbeiten wollen, der vom Schiedsgericht zur Ausübung seines Amtes zugelassen wurde. Durch den Streik ist die Befrachtung und Lössung fast aller zwischen Kopenhagen und den Provinzhäfen verkehrenden Schiffe in schwere Gefahr gebracht worden.

Bergarbeiterstreik in Spanien.

Am Arbeitszeit und Löhne.

Paris, 19. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Grubenstreik in Asturien hat, wie die Morgenblätter aus Madrid melden, einen außerordentlichen Umfang angenommen. 17 000 Bergarbeiter streiken. Der Kampf dreht sich sowohl um die

Bettfedern
anerkannt billig und reell.
2 1/2 bis 60 Stk. je nach Größe.
Preis 1 7/8. Halbduane 2 7/8. 4. 7. 9. 10. 12. 14. 16. 18. 20. 22. 24. 26. 28. 30. 32. 34. 36. 38. 40. 42. 44. 46. 48. 50. 52. 54. 56. 58. 60. 62. 64. 66. 68. 70. 72. 74. 76. 78. 80. 82. 84. 86. 88. 90. 92. 94. 96. 98. 100. 102. 104. 106. 108. 110. 112. 114. 116. 118. 120. 122. 124. 126. 128. 130. 132. 134. 136. 138. 140. 142. 144. 146. 148. 150. 152. 154. 156. 158. 160. 162. 164. 166. 168. 170. 172. 174. 176. 178. 180. 182. 184. 186. 188. 190. 192. 194. 196. 198. 200.

Metalbetten 10
Schlafensaison aus 24.
Pflüsch aus 30 M. Ratenzahlung.

Gölar Berlin, Pappelallee 1.
Pankow, Schmidtstr. 1.
Irel jeder Bahnstation.

Dhne Anzahlung
Condoparzellen Clubausbezt
am 8.00—1.00 Uhr. monatlich 20.— 25.—
verkaufte Gela, Berlin, Köpenick, 12.

Verlangen Sie stets
Garantiescheine der geruchlosen
Patent-Ketten-Matratze
mit „Temple Original-Pelzma“ sowie

Kunden mit verzinnt, Befema-Ped
ohne Bindfaden. Für schwere Betten
kein Einlösen. 30 Jahre Garantie.
Loerrall erhältlich.

Berliner Feder-Stratzen-Fabrik
Berlin O. 27, Krautzstraße 4.

Bettfedern, Daunen
Nacht aus der Natur an. Befema.
Reiche große Kupffeder, Fund von
50 Stk. an. Kleine Bettfedern zum
Selbstschleifen. Fund von 50 Stk. an.

Bettfedernfabrik Schwan
Brunnenstr. 152
Jahresgebäude parterre rechts.

Ziehung 25. bis 28. Oktober

Rhein-Saar-Lotterie

24124 Gewinne 225 000 RM.
2 Prämien 100 000 RM.
Höchstgewinn auf 1 Doppelos 100 000 RM.
Höchstgewinn auf 1 Einzelfos 50 000 RM.

Lose zu 1 RM., Doppellose 2 RM. Porto 35 Pf.
empfiehlt und versendet auch unter Nachnahme

H. C. Kröger A.-G. Berlin W8 Friedrichstr. 192-193
Bankgeschäft an d. Leipziger Str.

Postcheck 125. Postpr. Mark 278. 4136

Es lohnt sich
zwei Etagen zu stellen!
Durch Ersatz der hohen Laternen
Qualitätsware zu geringem Preis!

**Gardinen, Stores, Bett-,
Tisch- und Divandeecken**

**Gardinenhaus
Alfred Walter**
Neukölln, Seichowstr. 26
11. Etage, kein Laden!
Telefon 7 252
1. Platz Unter den Eichen, Bodinnstr.

**Lesdon's
Korbmöbel**
allerlei Formen
Aparte Muster
Mäßige Preise
Wollstoffe, Leinwand
Neukölln
Kampffeldstr. 20 und
Hermannstr. 10
(Tel. Neuk. 1799)

Zuverlässige
billige
und
gute Stiefel
gibt bei
H. Bähr
Berlin, Spillmeierstr. 7

Eisunfall Betten,
Kinderbetten, Stahlmatr., ginst. an Priv.
Kat. 2049/19. Eisenmöbelbau Su. 71 (100.)

Teilzahlung
ohne jeden Aufschlag
Herren- u. Damen-Garderobe
Selbstanfertigung in eigener Werkstatt,
daher außerordentlich niedrige Preise

Credithaus Gerber
Möllnerstr. 181, I. Etage.